

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 33/2021

19. August 2021

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Unanfechtbarkeit des Verbots des Vereins „Gremium MC, Chapter SOUTHGATE (Heidelberg)“ und Gläubigeraufruf vom 4. August 2021 1074

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über den Gesamtbetrag des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für das II. Quartal 2021 Az.: 23-FV 5030/10/10-2021/47987 vom 28. Juli 2021..... 1076

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Gewährung von Zuwendungen für Gründungs- und Wachstumsfinanzierungen (GuW) vom 23. Juli 2021 1077

Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der ESF-Richtlinie Berufliche Bildung vom 27. Juli 2021 1080

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Aufforderung zur Einreichung von Förderanträgen aus dem Europäischen Sozialfonds im Förderzeitraum 2014 bis 2020 vom 2. August 2021 1082

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Förderbekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Modellvorhaben „LOGIN – Lernen vor Ort – Gemeinsam ins Netz“ (Digitale und technologische Bildungsangebote für Seniorinnen und Senioren) im Rahmen der Richtlinie Ältere Menschen vom 3. August 2021 1084

Landesdirektion Sachsen

Verordnung der Landesdirektion Sachsen zur Anpassung der Prüfungsordnungen für die Zwischen- und Abschlussprüfungen der Landesdirektion Sachsen an das Bundesrecht vom 19. Juli 2021 1087

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen und des Landkreises Meißen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Genehmigungsverfahren zur wesentlichen Änderung des Stahlwerkes der ERVIN Germany GmbH am Standort Glaubitz sowie der Beantragung von wasserrechtlichen Erlaubnissen – Auslegung des Antrags und der Unterlagen – Gz.: 44-8431/2230 vom 4. August 2021 1090

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der 2. Änderung der Verbandssatzung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau Gz.: 20-2217/152/8 vom 3. August 2021 1094

2. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau 1095

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Sächsischen Oberbergamtes über die Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „Errichtung und Betrieb einer PV-Anlage (Grubenkraftwerk) im Kiessandtagebau Sprotta I“ nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 5. August 2021 1096

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Unanfechtbarkeit des Verbots des Vereins „Gremium MC, Chapter SOUTHGATE (Heidelberg)“ und Gläubigeraufruf

Vom 4. August 2021

Land Baden-Württemberg Bekanntmachung über die Unanfechtbarkeit des Verbots des Vereins „Gremium MC, Chapter SOUTHGATE (Heidelberg)“ und Gläubigeraufruf

Vom 26. Mai 2021

Das Verbot des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg vom 11. März 2021 gegen den Verein „Gremium MC, Chapter SOUTHGATE (Heidelberg)“ wurde mit Bekanntmachung vom 12. März 2021 (BANz AT 01.04.2021 B17) im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Verfügung ist mangels Einlegung eines Rechtsmittels unanfechtbar geworden. Der verfügende Teil des Verbots wird gemäß § 7 Absatz 1 des Vereinsgesetzes nachfolgend nochmals bekannt gegeben:

Verfügung

1. Der Verein „Gremium MC, Chapter SOUTHGATE (Heidelberg)“ (im Folgenden „Gremium MC Southgate“ oder „Chapter Southgate“ genannt) ist verboten. Er wird aufgelöst.
2. Dem Verein „Gremium MC Southgate“ ist jede Tätigkeit untersagt. Es ist verboten, Ersatzorganisationen zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen. Seine Kennzeichen dürfen weder verbreitet noch öffentlich oder in einer Versammlung verwendet werden.
3. Das Vermögen des Vereins „Gremium MC Southgate“ wird beschlagnahmt und eingezogen.
4. Forderungen Dritter gegen den Verein „Gremium MC Southgate“ werden beschlagnahmt und eingezogen, soweit sie aus Beziehungen entstanden sind, die sich nach Art, Umfang oder Zweck als eine vorsätzliche Förderung der verbotsrelevanten Zwecke und Tätigkeiten des Vereins „Gremium MC Southgate“ darstellen oder soweit sie begründet wurden, um Vermögenswerte des „Gremium MC Southgate“ dem behördlichen Zugriff zu entziehen oder den Wert des Vermögens des Vereins zu mindern. Hat der Gläubiger eine solche Forderung

durch Abtretung erworben, wird sie eingezogen, soweit der Gläubiger die Eigenschaft der Forderung als Kollaborationsforderung oder als Umgehungsforderung im Zeitpunkt ihres Erwerbs kannte.

5. Sachen Dritter werden beschlagnahmt und eingezogen, soweit der Berechtigte durch Überlassung der Sachen an den Verein „Gremium MC Southgate“ dessen verbotsrelevante Zwecke und Tätigkeiten vorsätzlich gefördert hat oder die Sachen zur Förderung dieser Zwecke und Tätigkeiten bestimmt sind.
6. Die sofortige Vollziehung dieser Verfügung wird angeordnet. Dies gilt nicht für die in den Nummern 3, 4 und 5 genannten Einziehungen.

Gläubigeraufruf

Die Gläubiger des verbotenen Vereins „Gremium MC, Chapter SOUTHGATE (Heidelberg)“ werden nach § 15 Absatz 1 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts aufgefordert,

- ihre Forderungen bis zum 31. August 2021 schriftlich unter Angabe des Betrags und des Grunds bei dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen, Referat 44, Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart, anzumelden,
- ein im Fall der Insolvenz beanspruchtes Vorrecht anzugeben, soweit dieses Voraussetzung für eine vorzeitige Befriedigung nach § 16 Absatz 1 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts ist,
- nach Möglichkeit urkundliche Beweisstücke oder Abschriften hiervon beizufügen.

Es wird darauf hingewiesen, dass Forderungen, die bis zum 31. August 2021 nicht angemeldet werden, nach § 13 Absatz 1 Satz 3 des Vereinsgesetzes erlöschen.

Stuttgart, den 26. Mai 2021

IM4-1113-9/

Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg
Im Auftrag
Dr. Schnöckel

Dresden, den 4. August 2021

Sächsisches Staatsministerium des Innern
Tüshaus
Referatsleiter

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über den Gesamtbetrag des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für das II. Quartal 2021

Az.: 23-FV 5030/10/10-2021/47987

Vom 28. Juli 2021

Das Aufkommen an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer betrug in Sachsen im II. Quartal 2021

2 047 959 805 Euro.

Hiervon erhalten die Gemeinden gemäß § 1 des Gemeindefinanzreformgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 2009 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 9. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2051) geändert worden ist, einen Anteil von 15 Prozent – das sind

307 193 971 Euro.

Die Erstattung des vom Bund über die Familienkassen vorfinanzierten Gemeindeanteils des Kindergeldes vermindert den Gemeindeanteil an Lohn- und Einkommensteuer um

95 230 303 Euro.

Hinzu kommen ein Anteil von 15 Prozent am Zerlegungsanteil der Lohnsteuer in Höhe von

70 046 156 Euro,

und ein Anteil von 12 Prozent aus dem Aufkommen an Kapitalertragsteuer nach § 43 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 bis 7

und 8 bis 12 sowie Satz 2 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3366, 3862), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2056) geändert worden ist, einschließlich des Zerlegungsanteils in Höhe von

7 872 732 Euro.

Der Gemeindeanteil an der Pauschsteuer aus gewerblich geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen von der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See gemäß § 40a Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes erhöht den Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer um

425 076 Euro.

Abgezogen wird der Gemeindeanteil an der steuerlichen Förderung nach dem Altersvermögensgesetz vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1310) gemäß § 83 des Einkommensteuergesetzes in Höhe von

21 580 555 Euro.

Damit ergibt sich ein auszuzahlender Betrag für das II. Quartal 2021 von

268 727 076 Euro.

Dresden, den 28. Juli 2021

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
Dirk Diedrichs
Amtschef

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Gewährung von Zuwendungen für Gründungs- und Wachstumsfinanzierungen (GuW)

Vom 23. Juli 2021

1. **Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen, beihilferechtliche Regelungen**
 - 1.1 Zweck der Zuwendung ist die Schaffung und Festigung von wettbewerbsfähigen, innovativen und wachstumsorientierten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Freistaat Sachsen.
 - 1.2 Der Freistaat Sachsen gewährt hierfür Zuwendungen in Form von Zins- oder Tilgungszuschüssen für Darlehen der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB) „Sachsenkredit Gründen und Wachsen“ nach Maßgabe
 - 1.2.1 dieser Richtlinie,
 - 1.2.2 der §§ 23, 44, 44a der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
 - 1.2.3 der hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. Sdr. S. S 225), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. Sdr. S. S 352),
 - 1.2.4 Art. 14, 17 oder 22 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187/1 vom 26.6.2014) in der Fassung der Verordnung (EU) 2017/1084 vom 14. Juni 2017 (ABl. L 156/1 vom 20.6.2017), zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2020/972 der Kommission vom 2. Juli 2020 (ABl. L 215/3), in der jeweils geltenden Fassung, in Verbindung mit
 - 1.2.5 dem Anhang I der AGVO zur KMU-Definition, in der jeweils geltenden Fassung,
 - 1.2.6 der De-minimis-Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352/1 vom 24.12.2013), zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2020/972 vom 2. Juli 2020 (ABl. L 215/3 vom 7.7.2020), in der jeweils geltenden Fassung.
 - 1.3 **Beihilferechtliche Regelungen**
 - 1.3.1 Von der Förderung ausgeschlossen sind:
 - 1.3.1.1 Unternehmen beziehungsweise Sektoren in den Fällen des Artikel 1 Absatz 2 bis 5 AGVO,
 - 1.3.1.2 die im Artikel 1 der De-minimis-Verordnung genannten Wirtschaftszweige.
 - 1.3.2 Ein Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedstaat gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, darf nach dieser Richtlinie nicht gefördert werden.
 - 1.3.3 Über jede Einzelbeihilfe über 500 000 EUR werden Informationen auf einer ausführlichen Beihilfe-Website (<https://webgate.ec.europa.eu/competition/transparency/public?lang=de>) veröffentlicht.
 - 1.3.4 Nach dieser Förderrichtlinie gewährte Zuwendungen können kumuliert werden mit anderen staatlichen Beihilfen, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimmbare beihilfefähige Kosten betreffen. Mit anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Kosten ist eine Kumulation zulässig, wenn durch diese Kumulierung die höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltenden Beihilfeintensitäten beziehungsweise der höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrags nicht überschritten wird.
 - 1.4 Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Über die Zuwendung entscheidet die SAB auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Die bankmäßige Entscheidung der SAB über die Gewährung der Darlehen bleibt von dieser Richtlinie unberührt.
2. **Gegenstand der Förderung**
 - 2.1 Für Gründungs- und Wachstumsvorhaben gewährt der Freistaat Sachsen Zuwendungen in Form von Tilgungszuschüssen auf privatrechtlich von der SAB gewährte Investitionsdarlehen
 - 2.1.1 zum Aufbau oder zur Festigung einer gewerblichen oder freiberuflichen selbstständigen Existenz,

- 2.1.2 zur Finanzierung der Übernahme eines bestehenden Unternehmens durch natürliche Personen im Rahmen einer Unternehmensnachfolgeregelung oder
 - 2.1.3 zur Finanzierung des Erwerbs einer tätigen Beteiligung, sofern der Anteil am Gesellschaftskapital von 10 Prozent nicht unterschritten ist,
 - 2.2 sowie auf Betriebsmitteldarlehen zur Finanzierung von Umlaufvermögen und mittelfristigem Finanzierungsbedarf zur Festigung des Unternehmens.
 - 2.3 Abhängig vom Marktumfeld kann die Zuwendung auch in Form von Zinszuschüssen gewährt werden.
3. Zuwendungsempfänger
Zuwendungsempfänger (Endkreditnehmer) sind natürliche Personen, Angehörige der Freien Berufe sowie kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) der gewerblichen Wirtschaft oder des Handwerks mit Sitz oder zu begünstigender Betriebsstätte im Freistaat Sachsen. Die Gründung einer selbstständigen Tätigkeit muss auf Dauer angelegt und auf den Haupterwerb ausgerichtet sein. Der Antragsteller muss über die nötige fachliche und kaufmännische Qualifikation für die unternehmerische Tätigkeit verfügen.
4. Zuwendungsvoraussetzungen
- 4.1 Der Investitions-/Maßnahmeort muss sich im Freistaat Sachsen befinden.
 - 4.2 Das privatrechtliche Investitions- oder Betriebsmitteldarlehen muss
 - 4.2.1 hinsichtlich der beihilfefähigen Kosten und der Beihilfeintensität den Freistellungstatbeständen der jeweils gewählten beihilferechtlichen Grundlage entsprechen,
 - 4.2.2 mindestens 20 000 Euro und darf maximal 5 000 000 Euro betragen. Der Darlehenshöchstbetrag kann je Endkreditnehmer maximal einmal pro Kalenderjahr in Anspruch genommen werden. Die Darlehenskonditionen ergeben sich aus der Konditionenübersicht unter www.sab.sachsen.de.
 - 4.3 Der Zins- beziehungsweise Tilgungszuschuss wird nur für den Teil der Darlehenssumme gewährt, der nicht durch andere öffentliche Finanzierungshilfen abgedeckt wird.
 - 4.4 Die Hausbank hat zu bestätigen, dass
 - 4.4.1 das zu finanzierende Vorhaben ein Gründungs- oder Wachstumsvorhaben im Sinne der Ziffer 2 ist,
 - 4.4.2 der Endkreditnehmer dem in Ziffer 3 definierten Kreis angehört und
 - 4.4.3 die KMU-Kriterien erfüllt sind.
5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung
- 5.1 Der Zins- beziehungsweise Tilgungszuschuss wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilsfinanzierung gewährt.
 - 5.2 Bei Investitionsdarlehen beträgt der Tilgungszuschuss fünf Prozent der Darlehenssumme (Basisatz).
 - 5.2.1 Der Basissatz kann durch Zuschläge (Boni) auf maximal zehn Prozent der Darlehenssumme erhöht werden. Boni von jeweils bis zu zwei Prozent der Darlehenssumme werden gewährt für Vorhaben
 - 5.2.1.1 zur Existenzgründung,
 - 5.2.1.2 zur Unternehmensnachfolge,
 - 5.2.1.3 zur Neuansiedlung,
 - 5.2.1.4 im ländlichen Raum,
 - 5.2.1.5 mit Tarifbindung oder tarifgleicher Entlohnung,
 - 5.2.1.6 mit Beitrag zur Nachhaltigkeit sowie
 - 5.2.1.7 mit Beitrag zur Digitalisierung.
 - 5.2.2 Die Kriterien und die jeweilige Höhe des Bonus werden durch das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) festgelegt und durch die SAB veröffentlicht.
 - 5.3 Bei Betriebsmittelfinanzierungen beträgt der Tilgungszuschuss zwei Prozent der Darlehenssumme.
 - 5.4 Die Zinszuschüsse betragen zwischen 0,2 und drei Prozent der Darlehenssumme, die Kriterien und die jeweilige Höhe von Zinszuschüssen werden vom Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr festgelegt und in der Konditionenübersicht unter www.sab.sachsen.de veröffentlicht.
 - 5.5 Für die Berechnung der Beihilfeintensität und der beihilfefähigen Kosten werden die Beträge vor Abzug von Steuern und sonstigen Abgaben herangezogen. Die beihilfefähigen Kosten sind durch schriftliche Unterlagen zu belegen, die klar, spezifisch und aktuell sein müssen.
6. Verfahren
- 6.1 Antragsverfahren
Die Beantragung erfolgt ausschließlich über die Hausbank.
Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung des Tilgungszuschusses sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Erstattung des Tilgungszuschusses gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen sind. Der Antrag des Unternehmens an die Hausbank ist vor Beginn des Vorhabens, das heißt vor dem Eingehen der ersten wesentlich finanziell bindenden Verpflichtung, zu stellen.
Eine Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns gemäß 1.4 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung ist nicht erforderlich.
- 6.2 Bewilligungs- und Auszahlungsverfahren
- 6.2.1 Bewilligung
Die SAB gewährt das Darlehen in privatrechtlicher Form unter Berücksichtigung ihrer Allgemeinen Geschäftsbedingungen und entscheidet als Bewilligungsstelle über den Zins- sowie den Tilgungszuschuss. Die SAB leitet die Entscheidung an die Hausbank zur Weiterleitung an den Endkreditnehmer weiter. Die Hausbank informiert im Darlehensvertrag zwischen ihr und dem Endkreditnehmer über die Höhe des gewährten Zins- sowie Tilgungszuschusses.
- 6.2.2 Auszahlung
Die Konditionen der Auszahlung des Darlehens sowie des Zinszuschusses ergeben sich aus der Konditionenübersicht unter www.sab.sachsen.de.
- 6.3 Verwendungsnachweisverfahren; Verrechnung Tilgungszuschuss
- 6.3.1 Der einfache Verwendungsnachweis wird zugelassen. Die Hausbank bestätigt der SAB den zweckgemäßen Einsatz des Darlehens.
 - 6.3.2 Der Tilgungszuschuss wird nach Prüfung des Verwendungsnachweises als laufzeitverkürzende Gutschrift auf die Darlehensrestvaluta gewährt. Die Hausbank informiert den Endkreditnehmer entsprechend.

6.4 Sonstiges

Die SAB prüft stichprobenartig die Angaben des Endkreditnehmers einschließlich der Bestätigungen der Hausbanken.

7. Inkrafttreten und Außerkrafttreten**7.1 Die Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.**

Gleichzeitig tritt die Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Gewährung von Zuwendungen für Gründungs- und Wachstumsfinanzierungen sowie Liquiditätshilfemaßnahmen (GuW) des Freistaates Sachsen vom 26. Januar 2011 (SächsABl. S. 241),

die zuletzt durch die Richtlinie vom 1. Juli 2014 (SächsABl. S. 870) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 29. November 2019 (SächsABl. SDR. S. S 398), außer Kraft.

7.2 Die Laufzeit dieser Richtlinie ist unbefristet.**7.3 Die Freistellungstatbestände der AGVO gelten vorerst bis zum 31. Dezember 2023 zuzüglich einer Anpassungsperiode von sechs Monaten, mithin bis zum 30. Juni 2024.**

Sollte die AGVO nicht verlängert oder durch eine neue AGVO ersetzt werden, oder wird die AGVO inhaltlich relevant verändert, wird diese Richtlinie zur Einhaltung der neuen Vorgaben entsprechend überarbeitet werden.

Dresden, den 23. Juli 2021

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Martin Dulig

Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der ESF-Richtlinie Berufliche Bildung

Vom 27. Juli 2021

I. Änderung der ESF-Richtlinie Berufliche Bildung

Die ESF-Richtlinie Berufliche Bildung vom 26. Juni 2017 (SächsABl. S. 901), die durch die Richtlinie vom 17. Juli 2018 (SächsABl. S. 967) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 29. November 2019 (SächsABl. SDR. S. S 398), wird wie folgt geändert:

1. Teil I Nummer 2 Buchstabe C wird wie folgt gefasst:
„C. Berufliche Weiterbildung Sachsen (ReactEU)“
2. Teil II Abschnitt 1 wird wie folgt gefasst:
„Zuwendungszweck
Kontinuierliche Beteiligung an berufsbezogener Weiterbildung ist im beruflichen Lebenslauf notwendig, um neuen Anforderungen, zum Beispiel durch die Weiterentwicklung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Technologien, durch strukturellen, ökologischen und digitalen Wandel beziehungsweise krisenbedingte Veränderungen der Arbeitswelt, durch wachsende Ansprüche an die Qualifikation der Arbeitskräfte oder die gestiegene Bedeutung des Umwelt- und Ressourcenschutzes gerecht zu werden.
Mit der Förderung werden betriebliche und individuell berufsbezogene Weiterbildungsaktivitäten zur Erhöhung der Anpassungsfähigkeit von Arbeitskräften und Arbeitgebern an den krisenbedingten sowie strukturellen, ökologischen und digitalen Wandel unterstützt. Gleichzeitig werden Anreize für eine berufliche Weiterbildung gesetzt.“
3. Teil II Abschnitt 1 Buchstabe C wird wie folgt gefasst:
„C. Berufliche Weiterbildung Sachsen (ReactEU)
1. Gegenstand der Förderung
Zum Aufbau beziehungsweise der Stärkung fachlicher und überfachlicher Kompetenzen und Qualifikationen sowie der Steigerung der Beschäftigungschancen insbesondere im Hinblick auf krisenbedingte sowie strukturelle, ökologische und digitale Veränderungen werden gefördert:
1.1 Vorhaben der betrieblichen Weiterbildung,
1.2 Vorhaben der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung.
2. Zuwendungsempfänger
2.1 Zuwendungsempfänger für Vorhaben nach Nummer 1.1 sind Unternehmen (natürliche beziehungsweise juristische Personen oder Personenvereinigungen des privaten Rechts) mit bis zu 200 Mitarbeitern (einschließlich Mitarbeitern aus unselbständigen Niederlassungen) beziehungsweise rechtlich selbständige Unternehmen innerhalb eines Unternehmensverbunds mit bis zu 200 Mitarbeitern im Unternehmen. Sitz oder Niederlassung des Unternehmens sind im Freistaat Sachsen.
2.2 Zuwendungsempfänger für Vorhaben nach Nummer 1.2 sind natürliche Personen.“

3. Zuwendungsvoraussetzungen
 - 3.1 Die Teilnehmenden für Vorhaben nach Nummer 1.1 haben ihren Hauptwohnsitz oder Arbeitsbeziehungsweise Ausbildungsort im Freistaat Sachsen.
 - 3.2 Die Teilnehmenden für Vorhaben nach Nummer 1.1 gehören einer der folgenden Zielgruppen an:
 - 3.2.1 Unternehmer beziehungsweise Selbständige, Erwerbstätige mit bestehendem Arbeitsverhältnis, Auszubildende,
 - 3.2.2 dual Studierende, Werkstudenten, Praktikanten,
 - 3.2.3 in begründeten Fällen Arbeitslose oder sonstige Personen, die (wieder) in das Erwerbsleben eintreten wollen.
 - 3.3 Die Zuwendungsempfänger nach Nummer 1.2 haben ihren Hauptwohnsitz im Freistaat Sachsen.
 - 3.4 Die Zuwendungsempfänger nach Nummer 1.2 sind Erwerbstätige mit bestehendem Arbeitsverhältnis.
4. Art und Höhe der Zuwendung
 - 4.1 Die Zuwendung wird als Pauschale gewährt.
 - 4.2 Für Vorhaben nach Nummer 1.1 beträgt der Zuschuss
 - 4.2.1 bei bis zu fünf Teilnehmenden maximal 4 000 Euro,
 - 4.2.2 bei sechs und mehr Teilnehmenden maximal 5 000 Euro.
 - 4.3 Für Vorhaben nach Nummer 1.2 beträgt der Zuschuss maximal 4 000 Euro.
 - 4.4 Die förderfähigen Kosten können als standardisierte Einheitskosten je Bezugseinheit oder Pauschalsatz als Prozentsatz auf eine oder mehrere definierte Ausgabe-/Kostenpositionen oder in Form einer Pauschalfinanzierung oder als erfolgs- oder fortschrittsbasierte Pauschale bemessen werden.
 - 4.5 Nähere Angaben zu Form und Höhe der Pauschalen sind der Internetseite der Bewilligungsstelle gemäß Nummer 6 der EFRE/ESF-Rahmenrichtlinie zu entnehmen.
 - 4.6 Für Vorhaben nach Nummer 1.1 ist die Umsatzsteuer nicht förderfähig.
5. Verfahren
 - 5.1 Bei Förderung mittels standardisierter Einheitskosten sind die tatsächlich erbrachten Bezugseinheiten nachzuweisen. Bei Förderung mittels Pauschalsatz als Prozentsatz auf eine oder mehrere definierte Ausgabe-/Kostenpositionen sind nach Nummer 6 der Anlage 1 zu Nummer 4.3.1 der EFRE/ESF-Rahmenrichtlinie (NBest-SF) die definierten Ausgaben und Kosten, die als Berechnungsgrundlage für die Pauschale dienen, nachzuweisen. Bei Pauschalfinanzierungen und erfolgs- oder fortschrittsbasierten Pauschalen ist die Umsetzung des Vorhabens gemäß den

- Bedingungen der Bewilligungsentscheidung nachzuweisen.
- 5.2 Angaben zu Art und Form der Nachweise sind der Internetseite der Bewilligungsstelle zu entnehmen.
- 5.3 Abweichend von Nummer 6.1 der NBest-SF ist der Verwendungsnachweis zum Vorhabensende innerhalb von zwei Monaten nach Ende des Bewilligungszeitraums bei der Bewilligungsstelle einzureichen. Ein Zwischennachweis ist nicht vorzulegen.
- 5.4 Für Vorhaben nach Nummer 1.2 findet Nummer 6.3.1 der EFRE/ESF-Rahmenrichtlinie keine Anwendung.
- 5.5 Für Vorhaben nach Nummer 1.2 erfolgt abweichend von Nummer 5.2 der EFRE/ESF-Rahmenrichtlinie die Aufbewahrung der Belege und Verträge sowie aller sonst mit der Förderung zusammenhängender Unterlagen durch die Bewilligungsstelle.
6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen
Für Vorhaben nach Nummer 1.2 ist abweichend von Nummer 5.5 Satz 2 bis 5 der EFRE/ESF-Rahmenrichtlinie die Bewilligungsstelle zur Durchführung der Informations- und Kommunikationsmaßnahmen gemäß Anhang XII Nummer 2.2 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 (ABl. L 129 vom 19.5.2017, S. 1) verpflichtet.
7. Anzuwendende Beihilfenvorschriften
Die Zuwendung erfolgt nach Maßgabe und unter Einhaltung der Voraussetzungen folgender beihilferechtlicher Regelungen der EU in der jeweils geltenden Fassung:
- 7.1 Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1), zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2020/972 vom 2. Juli 2020 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 3),
- 7.2 Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 9),
- 7.3 Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (ABl. L 190 vom 28.6.2014, S. 45).“
- II.
Inkrafttreten**
- Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 27. Juli 2021

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
In Vertretung
Dr. Hartmut Mangold
Staatssekretär

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Aufforderung zur Einreichung von Förderanträgen aus dem Europäischen Sozialfonds im Förderzeitraum 2014 bis 2020

Vom 2. August 2021

Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist das beschäftigungspolitische Förderinstrument der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) und wird auch im Freistaat Sachsen umgesetzt. Dazu werden im Förderzeitraum 2014 bis 2020 über den ESF beschäftigungspolitisch wirksame Vorhaben zur Förderung folgender thematischer Ziele mittels Zuschüssen unterstützt:

- Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte,
- Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung,
- Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen.

Die Umsetzung der Förderung erfolgt auf der Grundlage von ESF-Förderrichtlinien der fondsbewirtschaftenden Staatsministerien im Rahmen folgender Investitionsprioritäten:

- Selbstständigkeit, Unternehmergeist und Gründung von Unternehmen, einschließlich von innovativen Kleinunternehmen sowie innovativen kleinen und mittleren Unternehmen,
- Anpassung der Arbeitskräfte, Unternehmen und Unternehmer an den Wandel,
- Aktive Inklusion, nicht zuletzt durch die Förderung der Chancengleichheit und aktiver Beteiligung, und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit,
- Verringerung und Verhütung des vorzeitigen Schulabbruchs und Förderung des gleichen Zugangs zu einer hochwertigen Früherziehung und einer hochwertigen Grund- und Sekundarbildung, darunter (formale, nicht formale und informale) Bildungswege, mit denen eine Rückkehr in die allgemeine und berufliche Bildung ermöglicht wird,
- Verbesserung der Qualität und Effizienz von, und Zugang zu, Hochschulen und gleichwertigen Einrichtungen zwecks Steigerung der Zahl der Studierenden und der Abschlussquoten, insbesondere für benachteiligte Gruppen,
- Verbesserung der Arbeitsmarktrelevanz der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, Erleichterung des Übergangs von der Bildung zur Beschäftigung und Stärkung der Systeme der beruflichen Bildung und Weiterbildung und deren Qualität, unter anderem durch Mechanismen für die Antizipierung des Qualifikationsbedarfs, die Erstellung von Lehrplänen sowie die Einrichtung und Entwicklung beruflicher Bildungssysteme, darunter duale Bildungssysteme und Ausbildungswege.

Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung, der nachhaltigen Entwicklung im Sinne des Umwelt- und Ressourcenschutzes sowie die Beachtung der Auswirkungen des demografischen Wandels sind Grundsätze der ESF-Förderung, die bei der Konzipierung und Umsetzung der ESF-Vorhaben zu berücksichtigen sind. Soziale Innovation und transnationale Zusammenarbeit stellen Querschnitts-

aufgaben dar, die vorhabensbezogen die Ziele des ESF unterstützen können.

Ansprechpartner für Beratung und Antragstellung sowie Bewilligungsstelle ist die
Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB)
Pirnaische Straße 9
01069 Dresden
Telefon 0351 4910-4930
Telefax 0351 4910-4000
E-Mail: servicecenter@sab.sachsen.de
Internet: www.sab.sachsen.de

Die SAB veröffentlicht auf der Grundlage der ESF-Förderrichtlinien auf ihrer Internetseite Informationen zur Förderung, die in Förderbausteinen die Fördermöglichkeiten in den jeweiligen Vorhabensbereichen näher erläutern. Informationen zur Beachtung der Grundsätze und Querschnittsaufgaben des ESF werden ebenfalls durch die Bewilligungsstelle veröffentlicht.

In den jeweiligen fachspezifischen Förderrichtlinien wird das Verfahren der Auswahl der Vorhaben genauer geregelt. Möglich sind ein laufendes Antragsverfahren oder ein Wettbewerbsverfahren mit Stichtagen. Darüber hinaus kann ein zweistufiges Antragsverfahren zugelassen sein, bei welchem bereits Vorhabensideen einer fachlich-inhaltlichen Vorprüfung unterzogen werden, bevor die eigentliche Antragsstellung erfolgt. Des Weiteren können Stellungnahmen von Fachstellen hinzugezogen werden, um die Bewilligungsstelle zu beraten.

Die Bewertung erfolgt mindestens nach folgenden Kriterien, die präzisiert und ergänzt werden können. Diese fließen mit der angegebenen Gewichtung in die Bewertung ein:

1. Ziele des Vorhabens (25 Prozent)
 - Ausgangssituation, Bedarf
 - regionaler Bezug, arbeitsmarktpolitische Bedeutung
 - konkrete Zielbeschreibung
 - inhaltliche Abgrenzung zu anderen Vorhaben
 - Darstellung der Zielgruppe beziehungsweise der Teilnehmer
 - Erfahrungen des Projektträgers mit der Zielgruppe und im Vorhabensbereich
 - Referenzen, Berücksichtigung vorhandener Ergebnisse aus Vorprojekten
2. Zielerreichung, Arbeitsschritte (33 Prozent)
 - Beschreibung der Arbeitspakete
 - Beschreibung der Methoden
 - Beschreibung des Eingehens auf spezifische Anforderungen
 - Zeitliche Gliederung, Meilensteinplan, Lehrplan
 - Verantwortlichkeiten

- Kooperationsstruktur, gegebenenfalls Mitfinanzierung von Dritten
- Inhaltliche Kompetenz des Antragstellers und des geplanten Personals
- Maßnahmen zur Qualitätssicherung

3. Ergebnisse und Dokumentation (25 Prozent)

- Benennung zu erwartender Ergebnisse
- Dokumentation der Ergebnisse
- Vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit
- Art und Weise des Transfers in die Arbeits- und Unternehmenspraxis
- Aussagen zur Fortführung (ohne Förderung), Nachnutzung von Ergebnissen

4. Gesamtausgaben, Fördersumme, Eigenanteil, Wirtschaftlichkeit (17 Prozent)

- Gesamtausgaben/-kosten des Vorhabens, angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis, Effizienz, Angabe der Herkunft der zu erbringenden Eigenmittel und/oder Drittmittel (sofern zutreffend)
- Effektivität der Methoden der Zielerreichung
- Anzahl der Teilnehmer/Projekte

Daneben werden Aussagen hinsichtlich des jeweiligen Beitrags zu den ESF-Grundsätzen

- Umwelt- und Ressourcenschutz
 - Gleichstellung von Frauen und Männern
 - Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung
- erwartet. Sofern die geplanten Vorhaben mit besonderen Maßnahmen zur Umsetzung der Grundsätze (Umwelt- und

Ressourcenschutz, Gleichstellung von Frauen und Männern, Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung) beitragen, werden diese bei der Bewertung zusätzlich berücksichtigt.

Bei der Bewertung zusätzlich berücksichtigt werden außerdem Vorhaben, die die Umsetzung der Querschnittsaufgaben:

- Soziale Innovation
 - Transnationale Zusammenarbeit
- beinhalten.

Sofern eine positive Stellungnahme der lokalen Arbeitsgruppe (LAG) zu Vorhaben der lokalen Entwicklung vorliegt, wird diese berücksichtigt. Die Antragsstellen in den anerkannten LEADER-Gebieten finden Sie hier:
<https://www.smul.sachsen.de/foerderung/3663.htm>

Bei gleicher Bewertung mehrerer Vorhaben werden durch das Auswahlgremium weitere relevante Kriterien bei der Auswahl herangezogen, die sich aus den Spezifika der Vorhabensbereiche ergeben und dokumentiert werden.

Potenzielle Antragsteller werden aufgefordert, sich bei der Bewilligungsstelle beraten zu lassen und je nach Freigabe der Antragstellung entsprechende Förderanträge einzureichen.

Diese regelmäßige Veröffentlichung dient der Umsetzung eines offenen, transparenten und bedingungsfreien ESF-Auswahlverfahrens im Freistaat Sachsen.

Dresden, den 2. August 2021

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Marth
Referatsleiterin

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Förderbekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Modellvorhaben

„LOGIN – Lernen vor Ort – Gemeinsam ins Netz“

**(Digitale und technologische Bildungsangebote für Seniorinnen und Senioren)
im Rahmen der Richtlinie Ältere Menschen**

Vom 3. August 2021

1. Rechtsgrundlagen

Ältere Menschen sind eine äußerst heterogene Zielgruppe. Das kalendarische Alter ist bezüglich der Ressourcen und Kompetenzen älterer Menschen nur wenig aussagekräftig. Digitale Bildungsangebote müssen daher auch innerhalb der Altersgruppe 60+ auf die unterschiedlichen Bedarfe der Zielgruppe eingehen. Das Ziel des Modellvorhabens ist es, die Zielgruppe mittels differenzierter Angebote mit neuen Technologien und digitalen Kompetenzen bekannt zu machen und praktisches Wissen für die Anwendung unterschiedlichster digitaler Werkzeuge zu vermitteln. Hierbei sollen intergenerationelle Aspekte und partizipative Methoden einfließen. Vorhandene Potenziale sollen gestärkt und erweitert sowie der Zusammenhalt der Generationen gefördert werden. In der Modellregion sollen digitale Bildungsangebote durch das vorgeschaltete Multiplikatorentaining niederschwellig und nachhaltig verankert werden.

Die Umsetzung des Modellvorhabens **LOGIN** erfolgt auf Grundlage der RL Ältere Menschen vom 17. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. 2020 S. 23) Buchstabe E (Modellvorhaben) sowie nach den konkretisierenden Bestimmungen dieser Förderbekanntmachung. Soweit in der Förderbekanntmachung keine konkretisierenden Regelungen genannt werden, gelten die in der RL Ältere Menschen getroffenen Regelungen.

2. Zweckungszweck

Zweck der Förderung ist die Entwicklung eines altersadäquat-differenzierten Bildungsangebots für ältere Menschen der Altersgruppe 60+ mit digitalen und technischen Komponenten. Mittels digitaler Werkzeuge sollen Seniorinnen und Senioren darin gestärkt werden, entsprechend ihrer individuellen Ressourcen ihr Leben selbstbestimmt und selbstständig zu gestalten und am gesellschaftlichen Leben aktiv mitzuwirken.

3. Gegenstand der Förderung

Gefördert wird das Gesamtprojekt eines Zuwendungsempfängers zur Konzeption und Durchführung von Formaten digitaler Bildung für im Freistaat Sachsen wohnhafte ältere Menschen der Altersgruppe 60+. Die Konzeption soll die Heterogenität der Personengruppe hinsichtlich ihrer mög-

lichen Vorkenntnisse und Bedarfe sowie deren Interessen abbilden. Die Formate sollen entsprechend in Didaktik und Praxisanwendung sowie Technikeinsatz (auch Künstliche Intelligenz [KI]/umgebungsunterstützende Technik [AAL – Ambient Assisted Living]) differenziert sein. Der Träger kann zur Durchführung des Gesamtprojekts in eigener Personal- und Finanzverantwortung weitere Träger einbeziehen.

Das Gesamtkonzept kann für den gesamten Freistaat Sachsen entwickelt werden. Alternativ können zunächst eine oder mehrere Modellregionen zur Erprobung ausgewählt werden. Bei der Einbeziehung weiterer Träger ist eine Weitergabe der Zuwendung im Sinne von Nummer 12 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung/Nummer 12 der Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften ausgeschlossen.

4. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind:

- gemeinnützige Vereine und Verbände,
- Körperschaften des öffentlichen Rechts,
- Stiftungen und
- gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung als juristische Personen sowie
- freiberufliche Personen, die Angebote für digitale Bildung und Anwendung technischer Unterstützung im Alltag für ältere Menschen unterbreiten.

5. Zuwendungsvoraussetzungen

Voraussetzung für die Förderung ist der Nachweis für die methodische und personelle Kompetenz des Zuwendungsempfängers. Dieser ist durch Referenzprojekte oder -angebote zu erbringen, gegebenenfalls auch für einbezogene, weitere Träger. Weiterhin ist darzulegen, dass die Angebote zielgruppen- und bedarfsorientiert gestaltet sind und wohnortnah angeboten werden können. Die Aufbereitung und Bereitstellung von ergänzenden Materialien sollen eine Verstärkung gewährleisten. Die Öffentlichkeitsarbeit ist zu beschreiben. Das Gesamtkonzept enthält zwei Teile:

1. Curriculum für Multiplikatorentaining mit dem Ziel, partizipativ und adressatengerecht digitale oder technologische Unterstützungsangebote für die Zielgruppe der älteren Menschen anbieten zu können,

2. Curricula für Einzelveranstaltungen (analog und digital), die in geeigneter Form anerkannter Bildungsformate einen niedrigschwelligen Zugang sowie nachhaltige Erfahrungswerte der Seniorinnen und Senioren sicherstellen.

Folgende Inhalte sind darzustellen:

didaktisches Rahmenkonzept für eine modulare digitale Bildungsmaßnahme

- Modulplan mit Inhalten (Multiplikatorentaining),
- Begleitmaterial (analog und digital) für die einzelnen Nutzergruppen, jeweils abgestimmt auf mögliche Vorkenntnisse und Bildungsbedarfe (Muster),
- Konzept für Öffentlichkeitsarbeit,
- Konzept für Impulsveranstaltung,
- Konzepte für Einzelveranstaltungen (Themen und Adressatengruppen, siehe unter 5.4)
- Evaluation (Nutzerbefragung).

Zu diesem Zweck hat der Zuwendungsempfänger eine Anlaufstelle zur Konzeptentwicklung sowie zur Bedarfsermittlung, Entwicklung, Durchführung und Koordinierung der Angebote vorzuhalten. Die Anlaufstelle soll überregional tätig sein.

Das Gesamtkonzept muss den im Folgenden beschriebenen Anforderungen genügen:

- 5.1 Der Zuwendungsempfänger muss Erfahrungen in der Arbeit mit älteren Menschen und/oder mit intergenerationalen Projekten sowie in der Konzeptionierung und Durchführung von Bildungsveranstaltungen nachweisen können.

- 5.2 Die Angebote müssen sowohl dem Inhalt als auch der Zeit nach an den differenzierten digitalen Bildungsbedarfen von älteren Menschen ausgerichtet sein. Das Vorgehen bei der Bedarfsermittlung ist im Konzept kurz zu umreißen.

- 5.3 Die Angebote müssen in geeigneter Form (digital und/oder analog) jedem älteren Menschen, der seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Freistaat Sachsen hat, zugänglich sein. Die thematische und methodische Ausrichtung sowie der zeitliche Rahmen sind zielgruppengerecht zu gestalten. Die Barrierefreiheit von Bildungsveranstaltungen muss bei Bedarf gewährleistet werden.

- 5.4 Mögliche Themen der Einzelveranstaltungen können sein:

- Kaufentscheidung für digitale Geräte (Kriterien, Kosten, Nutzen),
- Inbetriebnahme und Handhabung, täglicher Gebrauch, Pflege von digitalen Geräten (Updates, Speichererweiterung, Kauf/Nutzung neuer Software),
- digitale Information (Informationsgewinnung, Speicherung, Analyse und Quellenkritik),
- digitale Kommunikation (selbstständig online unter Nutzung adäquater Tools),
- Content-Produktion: selbstständige Produktion von Online-Inhalten unter Einbeziehung technischer und rechtlicher Aspekte, wie zum Beispiel dem Urheberrecht,
- Sicherheit: Datenschutz, digitale Identität sowie die Kompetenz zur sicheren und verantwortungsvollen Nutzung des Internets,
- Problemlösung: digitale Notwendigkeiten und Möglichkeiten kennen und nutzen, Probleme mithilfe digitaler Medien lösen können, die eigenen Kom-

petenzen sowie die von anderen weiterentwickeln können

jeweils mit adressatengerechten lebensnahen, praktischen Beispielen und Anwendungen.

- 5.5 Die Bildungsangebote sind in Form anerkannter Bildungsformate (zum Beispiel Seminare, Workshops, Kurse, Vorträge, Gruppendidaktik) bereitzustellen. Interaktive, spielerische Elemente und Anwendungsimpulse sollen möglichst breit zur Anwendung kommen („Learning by doing“). Bildungsformate können auch ausschließlich online angeboten werden (mit entsprechender digitaler Nutzerbeschränkung).

- 5.6 Es soll ein wohnortnahes Bildungsangebot geschaffen werden. Das bedeutet, die Angebote sollen regional verteilt unterbreitet werden, sodass die Anreisewege für ältere Menschen kurz bleiben. Für die Durchführung der Bildungsangebote kann der Zuwendungsempfänger Kooperationen schließen. In diesem Fall ist im Konzept darzustellen, mit welchen Partnern vor Ort kooperiert wird, wo gegebenenfalls Räumlichkeiten genutzt werden können, ob und welche Kommunen das Projekt unterstützen und Ähnliches. Entsprechende Kooperationsvereinbarungen sind beizulegen.

- 5.7 Die Teilnahmegebühren dürfen fünf Euro täglich pro älterer Mensch nicht überschreiten, sodass auch finanziell ein niedrigschwelliger Zugang zu den Angeboten gewährleistet werden kann. Die Teilnahmegebühren sind als Deckungsmittel der zuwendungsfähigen Ausgaben einzusetzen. Ausgaben für Materialien für die Teilnehmenden (zum Beispiel Arbeits- und Informationsmaterialien) sind förderfähig und daher für die Teilnehmenden kostenlos. Eine eventuelle Verpflegung der Teilnehmenden während der Veranstaltungen wird nicht gefördert. Teilnehmende dürfen keine Aufwendungen, insbesondere keine Fahrtkosten, geltend machen.

- 5.8 Der Zuwendungsempfänger muss gewährleisten, dass Informationen zu den digitalen Bildungsangeboten zentral und immer aktualisiert öffentlich einsehbar sind (zum Beispiel auf seiner Homepage). Es ist beabsichtigt, die Angebote auf der Internetseite des Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zu verlinken. Die Öffentlichkeitsarbeit ist vom Zuwendungsempfänger in geeigneter Form zu gewährleisten.

- 5.9 Das Modellvorhaben ist vom Zuwendungsempfänger nach neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen zu evaluieren. Das Ergebnis ist der Bewilligungsstelle in Berichtsform zusammen mit dem Verwendungsnachweis vorzulegen. Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt kann stichprobenartig Bildungsveranstaltungen besuchen.

6. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung in Form eines Zuschusses als Anteilfinanzierung gewährt. Sie beträgt 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben.

Zuwendungsfähig sind vorhabenbezogene Personal- und Sachausgaben. Als zuwendungsfähige Personalausgaben werden pro Jahr für ganzjährig beim Zuwendungsempfänger angestellte Vollzeitkräfte Pauschalsätze gemäß der Anlage B (Arbeitnehmerbrutto) zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) vom 12. Oktober 2006 in der Fassung des Änderungstarifvertrages Nummer 11 vom

2. März 2019, in der jeweils geltenden Fassung, maximal in Höhe des tatsächlichen Gehalts, angesetzt; für Projektmitarbeiter, unter Berücksichtigung ihrer Qualifikation und ausgeübten Tätigkeit:

- mit abgeschlossener Berufsausbildung oder Fachschulabschluss: Entgeltgruppe 5,
- mit Hochschulstudium (Bachelor oder vergleichbar): Entgeltgruppe 9 b,
- mit Hochschulstudium (Master oder vergleichbar): Entgeltgruppe 13.

Bei einer Teilzeitkraft sowie keiner ganzjährigen Beschäftigung vermindern sich die Pauschalsätze entsprechend. Als Berechnungsgrundlage bei einer stundenweisen Beschäftigung im Projekt ist als Bezugsgröße eine Jahresarbeitszeit von 1 624 Stunden für eine Vollzeitkraft anzusetzen.

Die Pauschalsätze erhöhen sich um die zuwendungsfähigen Personalnebenausgaben des Arbeitgebers.

Zuwendungsfähige Personalnebenausgaben sind die gesetzlichen und tarifvertraglichen Arbeitgeberanteile (zum Beispiel Beiträge zur Sozialversicherung und betrieblichen Altersversorgung) sowie tarifvertragliche Jahressonderzahlungen.

Bei Beschäftigung auf Honorarbasis wird die eingesetzte Lehrkraft mit mindestens 40 Euro je Unterrichtseinheit vergütet.

Teilnahmegebühren sind als Einnahmen anzugeben. Eine darüberhinausgehende Finanzierung des Projekts ist aus Eigen- oder Drittmitteln zu leisten.

7. Verfahren

7.1 Bewilligungsstelle

Bewilligungsstelle für die Einreichung von Projektanträgen ist die
Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB)
Abteilung Bildung
Pirnaische Straße 9
01069 Dresden
www.sab.sachsen.de

7.2 Antragsfristen

Anträge sind schriftlich bis spätestens 31. Oktober 2021 bei der Bewilligungsstelle einzureichen.

7.3 Bewertung und Auswahl der Anträge

Die fachliche Bewertung der eingegangenen Anträge erfolgt im Einvernehmen mit dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Stabsstelle Seniorenpolitik unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel anhand nachstehender Kriterien:

a) Beschreibung der unter Nummer 5 genannten Voraussetzungen, insbesondere:

- Erfahrung in der Arbeit mit älteren Menschen,
- Erfahrung in der Durchführung von Bildungsveranstaltungen,
- Multiplikatoren Auswahl,
- Bildungsmodule für Multiplikatoren (Didaktik und Inhalte),
- Vorgehen bei der Bedarfsermittlung,
- Angaben zur Anzahl der zu erreichenden Multiplikatoren und der zu erreichenden Seniorinnen und Senioren (Zielanalyse),
- Zielgruppengerechtigkeit der Bildungsangebote (Einzelveranstaltungen),
- die Bedarfe abdeckendes Themenspektrum,
- Wohnortnähe der Bildungsangebote,
- zentrale und altersadäquate Bereitstellung von Informationen zu den Bildungsangeboten
- Öffentlichkeitsarbeit,
- didaktisches Grundkonzept,
- Begleitmaterial.

b) Gesamtausgaben des Projektes, Mitfinanzierung durch Eigen- und Drittmittel.

7.4 Bewilligungszeitraum

Die Förderung erfolgt im Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022.

Das weitere zuwendungsrechtliche Antrags- und Bewilligungsverfahren ergibt sich aus Teil 1 und Teil 2, Buchstabe E (Modellvorhaben), der RL Ältere Menschen.

Dresden, den 3. August 2021

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Thomas Früh
Abteilungsleiter Jugend, Familie und Teilhabe

Landesdirektion Sachsen

Verordnung der Landesdirektion Sachsen zur Anpassung der Prüfungsordnungen für die Zwischen- und Abschlussprüfungen der Landesdirektion Sachsen an das Bundesrecht

Vom 19. Juli 2021

Auf Grund des Beschlusses des Berufsbildungsausschusses vom 1. Juni 2021 erlässt die Landesdirektion Sachsen als zuständige Stelle nach § 47 Absatz 1 und Absatz 4 sowie § 79 Absatz 4 Satz 1 des Berufsbildungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Mai 2020 (BGBl. I S. 920), das durch Artikel 16 des Gesetzes vom 28. März 2021 (BGBl. I S. 591) geändert worden ist, in Verbindung mit der Sächsischen Ausführungsverordnung zum Berufsbildungsgesetz und zu den Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzen in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Mai 2016 (SächsGVBl. S. 167), die zuletzt durch die Verordnung vom 24. Februar 2021 (SächsGVBl. S. 323) geändert worden ist, die folgenden Änderungen:

I.

Änderung der Prüfungsordnung der Landesdirektion Sachsen für die Zwischen- und Abschlussprüfung sowie die Umschulungsprüfung im Ausbildungsberuf Fachangestellter/Fachangestellte für Bäderbetriebe

Die Prüfungsordnung der Landesdirektion Sachsen für die Zwischen- und Abschlussprüfung sowie die Umschulungsprüfung im Ausbildungsberuf Fachangestellter/-Fachangestellte für Bäderbetriebe vom 22. Januar 2007 (SächsABl. SDr. S. S 58), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 21. Januar 2019 (SächsABl. S. 347) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „Abs. 4“ durch die Angabe „Absatz 6“ ersetzt.
2. In § 7 Absatz 6 Satz 1 Nummer 8 wird die Angabe „§ 23“ durch die Wörter „§ 23 Absatz 2 bis 4“ ersetzt.
3. In § 23 Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „15 Punkte“ durch die Wörter „zehn Punkte“ ersetzt.

II.

Änderung der Prüfungsordnung der Landesdirektion Sachsen für die Zwischen- und Abschlussprüfung sowie die Umschulungsprüfung im Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellter/ Verwaltungsfachangestellte in der Fachrichtung Landes- und Kommunalverwaltung sowie der Prüfungsordnung der Landesdirektion Sachsen für die Zwischen- und Abschlussprüfung sowie die Umschulungsprüfung im Ausbildungsberuf Fachangestellter/Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste

- Die Prüfungsordnung der Landesdirektion Sachsen für die Zwischen- und Abschlussprüfung sowie die Um-

schulungsprüfung im Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellter/Verwaltungsfachangestellte in der Fachrichtung Landes- und Kommunalverwaltung vom 22. Januar 2007 (SächsABl. SDr. S. S 100), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 21. Januar 2019 (SächsABl. S. 347) geändert worden ist, und

- die Prüfungsordnung der Landesdirektion Sachsen für die Zwischen- und Abschlussprüfung sowie die Umschulungsprüfung im Ausbildungsberuf Fachangestellter/Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste vom 22. Januar 2007 (SächsABl. SDr. S. S 74), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 21. Januar 2019 (SächsABl. S. 347) geändert worden ist, werden wie folgt geändert:

1. In § 3 Absatz 4 Satz 2 wird jeweils die Angabe „Abs. 4“ durch die Angabe „Absatz 6“ ersetzt.
2. In § 7 Absatz 4 Satz 1 Nummer 8 wird jeweils die Angabe „§ 23“ durch die Wörter „§ 23 Absatz 3 und 4“ ersetzt.
3. In § 23 Absatz 1 Satz 3 wird jeweils die Angabe „15 Punkte“ durch die Wörter „zehn Punkte“ ersetzt.

III.

Änderung der Prüfungsordnung der Landesdirektion Sachsen für die Zwischen- und Abschlussprüfung sowie die Umschulungsprüfung im Ausbildungsberuf Straßenwärter/Straßenwärterin

Die Prüfungsordnung der Landesdirektion Sachsen für die Zwischen- und Abschlussprüfung sowie die Umschulungsprüfung im Ausbildungsberuf Straßenwärter/Straßenwärterin vom 22. Januar 2007 (SächsABl. SDr. S. S 82), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 21. Januar 2019 (SächsABl. S. 347) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „Abs. 4“ durch die Angabe „Absatz 6“ ersetzt.
2. In § 7 Absatz 5 Satz 1 Nummer 8 wird die Angabe „§ 23“ durch die Wörter „§ 23 Absatz 2 bis 4“ ersetzt.
3. In § 23 Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „15 Punkte“ durch die Wörter „zehn Punkte“ ersetzt.

IV.
**Änderung der Prüfungsordnung
der Landesdirektion Sachsen
für die Zwischen- und Abschlussprüfung
sowie die Umschulungsprüfung in den
umwelttechnischen Berufen**

Die Prüfungsordnung der Landesdirektion Sachsen für die Zwischen- und Abschlussprüfung sowie die Umschulungsprüfung in den umwelttechnischen Berufen vom 22. Januar 2007 (SächsABl. SDr. S. S 90), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 21. Januar 2019 (SächsABl. S. 347) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 3 wird Absatz 4 Satz 2 durch die Angabe „Abs. 4“ durch die Angabe „Absatz 6“ ersetzt.
2. In § 4 Absatz 2 wird Satz 3 gestrichen.
3. In § 7 Absatz 5 Satz 1 Nummer 8 wird die Angabe „§ 25“ durch die „Wörter „§ 25 Absatz 2 bis 4“ ersetzt.
4. In § 25 Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „15 Punkte“ durch die Wörter „zehn Punkte“ ersetzt.

V.
**Änderung der Prüfungsordnung
der Landesdirektion Sachsen
für die Zwischen- und Abschlussprüfung sowie die
Umschulungsprüfung in den Ausbildungsberufen
der Geoinformationstechnologie**

Die Prüfungsordnung der Landesdirektion Sachsen für die Zwischen- und Abschlussprüfung sowie die Umschulungsprüfung in den Ausbildungsberufen der Geoinformationstechnologie vom 7. September 2017 (SächsABl. S. 1314), die durch die Verwaltungsvorschrift vom 21. Januar 2019 (SächsABl. S. 347) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
 - (2) „Die Prüfungsausschüsse bestehen aus jeweils mindestens drei Mitgliedern. Der Prüfungsausschuss für gemeinsame Aufgaben besteht aus sechs Mitgliedern.“
 - b) In Absatz 5 Satz 2 wird die Angabe „Absatz 4“ durch die Angabe „Absatz 6“ ersetzt.
2. § 4 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 3 wird gestrichen.
 - b) Folgender Satz wird angefügt:
„Bei der Bewertung von Prüfungsleistungen ist eine Stimmenthaltung unzulässig.“
3. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Nummer 9 werden nach dem Wort „Prüfungsbereiche“ die Wörter „mit schriftlichen Aufgaben“ eingefügt.
 - b) In Absatz 2 Nummer 1 werden die Wörter „dieser Prüfungen“ durch die Wörter „aus den Prüfungsbereichen Geodatenprozesse, Vermessungstechnische Prozesse sowie Geodatenpräsentation“ ersetzt.
4. In § 7 Absatz 4 Satz 1 Nummer 9 wird die Angabe „§ 25“ durch die Wörter „§ 25 Absatz 3 und 4“ ersetzt.
5. In § 8 Satz 2 werden die Wörter „drei Monate“ durch die Wörter „zwei Monate“ ersetzt.

6. § 14 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 3 werden die Sätze 5 und 6 gestrichen.
 - b) In Absatz 4 werden die Sätze 4 und 5 gestrichen.
7. In § 15 Absatz 3 werden die Sätze 5 und 6 gestrichen.
8. In § 16 Absatz 3 werden die Sätze 5 und 6 gestrichen.
9. In § 23 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „einen Tag“ durch die Wörter „eine Woche“ ersetzt.
10. § 25 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden das Komma und die Wörter „betriebliche Aufträge und Prüfungsstücke“ gestrichen.
 - b) In Absatz 2 werden die Wörter „Im Fachgespräch, der Präsentation“ durch die Wörter „In den Prüfungsbereichen Geodatenprozesse, Vermessungstechnische Prozesse und Geodatenpräsentation“ ersetzt.
11. In § 26 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Prüfungsbereiche“ die Wörter „mit schriftlichen Aufgaben“ eingefügt.

VI.
**Änderung der Prüfungsordnung
der Landesdirektion Sachsen
für die Zwischen- und Abschlussprüfung sowie
die Umschulungsprüfung im Ausbildungsberuf
Wasserbauer/Wasserbauerin**

Die Prüfungsordnung der Landesdirektion Sachsen für die Zwischen- und Abschlussprüfung sowie die Umschulungsprüfung im Ausbildungsberuf Wasserbauer/Wasserbauerin vom 22. Januar 2007 (SächsABl. SDr. S. S 108), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 21. Januar 2019 (SächsABl. S. 347) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „Abs. 4“ durch die Angabe „Absatz 6“ ersetzt.
2. In § 7 Absatz 4 Satz 1 Nummer 8 wird die Angabe „§ 23“ durch die „Wörter „§ 23 Absatz 2 bis 4“ ersetzt.
3. In § 23 Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „15 Punkte“ durch die Wörter „zehn Punkte“ ersetzt.

VII.
**Änderung der Prüfungsordnung
der Landesdirektion Sachsen
für die Abschlussprüfung sowie die
Umschulungsprüfung im Ausbildungsberuf
Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement**

Die Prüfungsordnung der Landesdirektion Sachsen für die Abschlussprüfung sowie die Umschulungsprüfung im Ausbildungsberuf Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement vom 18. Juli 2014 (SächsABl. S. 900), die durch die Verwaltungsvorschrift vom 21. Januar 2019 (SächsABl. S. 347) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „Abs. 4“ durch die Angabe „Absatz 6“ ersetzt.
2. In § 23 Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „15 Punkte“ durch die Wörter „zehn Punkte“ ersetzt.

VIII.
Inkrafttreten

sischen Staatsministerium des Innern vom 12. Juli 2021,
Az.: 13-6000/1/2-2021/61683, genehmigt.

Diese Verordnung mit Wirkung vom 1. August 2021
in Kraft. Die Änderungen wurden durch Erlass des Säch-

Chemnitz, den 19. Juli 2021

Landesdirektion Sachsen
Kraushaar
Präsidentin

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
und des Landkreises Meißen
zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
Genehmigungsverfahren zur wesentlichen Änderung des Stahlwerkes
der ERVIN Germany GmbH am Standort Glaubitz
sowie der Beantragung von wasserrechtlichen Erlaubnissen
– Auslegung des Antrags und der Unterlagen –**

Gz.: 44-8431/2230

Vom 4. August 2021

Die ERVIN Germany GmbH, Industriestraße A 15 in 01612 Glaubitz, beantragte mit Datum vom 23. April 2021, zuletzt aktualisiert am 30. Juli 2021, die Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2873) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 und den Nummer 3.2.2.1 und 8.12.3.2 des Anhangs 1 in Verbindung mit Anhang 2 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Januar 2021 (BGBl. I S. 69) geändert worden ist, die wesentliche Änderung des Stahlwerkes durch die Erweiterung der Anlage zum Herstellen von metallischen Partikeln und Strahlmitteln von 60 000 t/a auf eine Kapazität von 120.000 t/a Fertigerzeugnissen am Standort Industriestraße A 15 in 01612 Glaubitz (Flst.-Nr. 506/55, 545/9, 547/1, 572/3, 572/10, 575/6, 575/33 der Gemarkung Glaubitz).

Die Änderung umfasst neben der Kapazitätserhöhung insbesondere die Errichtung und den Betrieb der Erweiterungen der Betriebseinheiten 10 (Rohstoffhalle), 20 (Schmelzanlage), 50 (Wärmebehandlung), 60 (Grit), 90 (Verwaltungsgebäude), 110 (Energienetz, elektrisch), 120 (Wassernetz) sowie 130 (Erdgasnetz) sowie die dafür notwendige Infrastruktur.

Es wird hiermit die erste Teilgenehmigung gemäß § 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die Errichtung und den Betrieb von Teilen der Anlage und gemäß § 8a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes der vorzeitige Beginn für die Errichtung baulicher Anlagen der Rohstoffhalle beantragt. Die erste Teilgenehmigung bezieht sich im Wesentlichen auf die Kapazitätserhöhung auf 120 000 t/a Fertigerzeugnisse, die Errichtung einer Dieseltankstelle innerhalb des Gebäudes, Gebäudeerweiterungen der Rohstoffhalle, der Feuerfesthalle sowie des Verwaltungsgebäudes, die Errichtung eines Leerpalettenlagers, die Errichtung eines überdachten Außenlagers, Schaffung einer Freilagerfläche für Instandhaltungsmaterialien, die Errichtung eines zusätzlichen 110-kV-Transformators, die Erweiterung der Mittelspannungsstation, die Nutzungsänderung einer Freilagerfläche für Elektroden, die Erweiterung einer Demonstrationsstrahlanlage, die Vergrößerung der Entstaubungsanlage, die Errichtung einer zweiten Werkszufahrt sowie im Zusammenhang mit der Kapazitätserhöhung stehende Ausrüstungen wie insbesondere ein zusätzlicher Schmelzkran, ein Kran für Feuerfestarbeiten, zusätzliche Druckluftanlagen und Erweiterung der Natriumnitritanlage und Errichtung ei-

nes Natriumnitritvorratslagers sowie Versetzung des Stickstofflagers.

Die voraussichtliche Inbetriebnahme der geänderten Anlage soll im IV. Quartal 2021 erfolgen.

Das Vorhaben bedarf einer Genehmigung nach § 16 und 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und wird hiermit gemäß § 10 Absätze 3, 4 und 6 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Verbindung mit §§ 8 bis 10a und 12 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. November 2020 (BGBl. I S. 2428) geändert worden ist, öffentlich bekannt gemacht.

Das Vorhaben ist nach Ziffer 3.3.1 und Ziffer 8.7.1.2 des Anhangs 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540) einzustufen. Gemäß § 9 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung wäre zu prüfen, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist. Die Antragstellerin hat aber auf der Grundlage von § 9 Absatz 4 und § 7 Absatz 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung freiwillig die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung beantragt.

Für das Vorhaben werden darüber hinaus wasserrechtliche Erlaubnisse gemäß § 8 bis § 10 des Wasserhaushaltsgesetzes zur Benutzung eines Gewässers bei der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Meißen beantragt.

Gegenstand dieser Verfahren sind:

- die Änderung der wasserrechtlichen Erlaubnis für die Versickerung von unverschmutztem Niederschlagswasser in das Grundwasser (Einleiten von Stoffen ins Grundwasser)
- die Erhöhung der Menge an zu entnehmendem Grundwasser (Brunnenwasserbenutzung)

Im Einzelnen:

I. Immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsantrag

Der Genehmigungsantrag und die von der Antragstellerin vorgelegten Unterlagen, mit Ausnahme der Unterlagen nach § 10 Absatz 2 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse), sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Landesdirektion Sachsen im Zeitpunkt der Bekanntma-

chung vorliegen, liegen nach dieser Bekanntmachung einen Monat, vom

27. August 2021 bis einschließlich 27. September 2021

für jedermann zur Einsichtnahme:

1. in der Dienststelle Dresden der Landesdirektion Sachsen, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden, Referat Immissionsschutz, Tel.: 0351-8250
Zimmer 4090 montags bis donnerstags von 7:30 Uhr bis 16:00 Uhr und freitags von 7:30 Uhr bis 13:00 Uhr.
2. in der Gemeindeverwaltung Zeithain, Hauptstraße 36a in 01619 Zeithain im Bürgeramt/ Zimmer 5 in der Zeit während der Dienststunden, Tel.: 03525/766210
Montag 8:00–12:00 Uhr und 13:00–15:00 Uhr
Dienstag 8:00–12:00 Uhr und 13:00–18:00 Uhr
Mittwoch 8:00–12:00 Uhr und 13:00–15:00 Uhr
Donnerstag 8:00–12:00 Uhr und 13:00–16:00 Uhr und
Freitag 8:00–11:00 Uhr
3. in der Gemeindeverwaltung Nünchritz, Rathaus Foyer, Glaubitzer Straße 10, in 01612 Nünchritz, Tel.: 035265-5000
Montag, Mittwoch und Donnerstag von 9:00 Uhr bis 11:30 Uhr, sowie von 12:30 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag von 9:00 Uhr bis 11:30 Uhr sowie von 12:30 Uhr bis 18:00 Uhr
und Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

aus.

Bitte beachten Sie aufgrund der aktuellen Situation (Corona-Virus) die veränderten Regelungen im Besucher-verkehr der Landesdirektion Sachsen sowie der Gemeindeverwaltungen Zeithain und Nünchritz. Es wird deshalb empfohlen, für die Einsichtnahme einen Termin unter den oben genannten Telefonnummern zu vereinbaren.

Die veröffentlichten und ausgelegten Unterlagen enthalten insbesondere die Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz und Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Darunter sind folgenden Gutachten:

- Lufthygienisches Fachgutachten
- Schalltechnische Untersuchungen (enthält auch Erschütterungseinwirkungen)
- UVP-Bericht
- Verträglichkeitsuntersuchung eutrophierender und versauernder Schadstoffeinträge in empfindliche Ökosysteme im Wirkraum der erweiterten Anlage der ERVIN Germany GmbH, Werk Glaubitz
- Hydrogeologisches Gutachten zur Beantragung der Erhöhung der Fördermenge
- Grundwasserentnahme für Prozesswasser durch ERVIN Germany GmbH in Glaubitz (Fachbeitrag Wasser-rahmenrichtlinie)

Der Bericht zu den voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Vorhabens (UVP-Bericht) ist während der Auslegungszeit vom 19. August 2021 bis einschließlich 20. September 2021 über das länderübergreifende zentrale UVP-Internetportal unter <https://www.uvp-verbund.de> jederzeit und für jedermann einsehbar.

Weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die der Landesdirektion Sachsen erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, werden der Öffentlichkeit nach den

Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich gemacht.

Einwendungen gegen das Vorhaben können

zwischen dem 27. August bis einschließlich 27. Oktober 2021

schriftlich bei der Landesdirektion Sachsen, in der Gemeindeverwaltung Zeithain und in der Gemeindeverwaltung Nünchritz unter den vorgenannten Adressen oder elektronisch unter post@lds.sachsen.de, post@zeithain.de, post@nuenchritz.de vorgebracht werden. Es gilt jeweils das Eingangsdatum.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind für das Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Das gilt nicht für ein sich anschließendes Widerspruchs- und Klageverfahren.

Die Einwendungen müssen leserlich neben dem Vor- und Familiennamen auch die volle Anschrift des Einwenders tragen. Unleserliche Namen oder Anschriften werden bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen.

Die Einwendungen sind der Antragstellerin sowie den Fachbehörden, deren Aufgabenbereich berührt wird, bekannt zu geben. Auf Verlangen der Einwendenden sollen deren Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkenntlich gemacht werden, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Vor- und Familiennamen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die Landesdirektion Sachsen als Genehmigungsbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen über die Durchführung eines Erörterungstermins. Findet aufgrund dieser Entscheidung kein Erörterungstermin statt, so wird dies nochmals gesondert öffentlich bekannt gemacht.

Für den Fall, dass die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen zu erörtern sind, wird der öffentliche Erörterungstermin hiermit für den

23. November 2021

ab 10:00 Uhr (Einlass ab 9.45 Uhr) im Restaurant Drei Lilien, Am Dorfteich 13, 01612 Glaubitz bestimmt.

Einwendungen, die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, werden im Erörterungstermin nicht behandelt.

Dieser Termin dient dazu, die rechtzeitig gegen das Vorhaben der Ervin Germany GmbH erhobenen Einwendungen zu erörtern, soweit dies für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen von Bedeutung sein kann. Dazu wird denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, Gelegenheit gegeben, ihre Einwendungen gegenüber der Genehmigungsbehörde und dem Antragsteller zu erläutern. Kann die Erörterung an diesem Tag nicht abgeschlossen werden, wird

der Erörterungstermin an den folgenden Werktagen (ausgenommen ist der Sonnabend) fortgesetzt.

Zu diesem Termin sind die Personen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, eingeladen. Der Erörterungstermin ist öffentlich. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass die erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben von Vertretern der Antragstellerin oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden. Zum Erörterungstermin erfolgt keine gesonderte Einladung. Der Erörterungstermin wird beendet, wenn dessen Zweck erreicht ist.

Im Falle einer Absage oder Verlegung des Erörterungstermins aufgrund einer behördlichen Entscheidung oder auch im Hinblick auf eine mögliche Online-Konsultation nach § 5 Absatz 2 des Planungssicherstellungsgesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) geändert worden ist, erfolgt eine öffentliche Bekanntmachung.

Die Entscheidung über den Antrag wird öffentlich bekannt gemacht. Die Zustellung der Entscheidung über den Genehmigungsantrag an die Personen, die Einwendungen erhoben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

II. Wasserrechtliche Erlaubnisanträge

Für das Vorhaben werden darüber hinaus wasserrechtliche Erlaubnisse gem. § 8 bis § 10 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) zur Benutzung eines Gewässers bei der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Meißen beantragt.

Gegenstand dieser Verfahren sind:

- die Änderung der wasserrechtlichen Erlaubnis für die Versickerung von unverschmutztem Niederschlagswasser in das Grundwasser (Einleiten von Stoffen ins Grundwasser)
- die Erhöhung der Menge an zu entnehmendem Grundwasser (Brunnenwasserbenutzung)

Die wasserrechtlichen Erlaubnisanträge sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die dem Landkreis Meißen im Zeitpunkt des Beginns der Offenlage vorliegen, liegen nach Maßgabe des § 31 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung für die Dauer eines Monats vom

**13. September 2021
bis einschließlich 13. Oktober 2021**

für jedermann zur Einsichtnahme:

1. in der Dienststelle Dresden der Landesdirektion Sachsen, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden, Referat Immissionsschutz, Tel.: 0351-8250
Zimmer 4090 montags bis donnerstags von 7:30 Uhr bis 16:00 Uhr und freitags von 7:30 Uhr bis 13:00 Uhr
2. beim Landkreis Meißen, Remonteplatz 8, 01558 Großenhain, Untere Wasserbehörde, Zimmer 2.26, Tel.: 03522-303 2368,
während der Sprechzeiten
Montag 7:30–12:00 Uhr
Dienstag 7:30–12:00 Uhr und 14:00–18:00 Uhr
Mittwoch Schließtag
Donnerstag 7:30–12:00 Uhr und 14:00–17:00 Uhr
Freitag 7:30–12:00 Uhr

3. in der Gemeindeverwaltung Zeithain, Hauptstraße 36a in 01619 Zeithain im Bürgeramt/ Zimmer 5 in der Zeit während der Dienststunden, Tel.: 03525-766210
Montag 8:00–12:00 Uhr und 13:00–15:00 Uhr
Dienstag 8:00–12:00 Uhr und 13:00–18:00 Uhr
Mittwoch 8:00–12:00 Uhr und 13:00–15:00 Uhr
Donnerstag 8:00–12:00 Uhr und 13:00–16:00 Uhr und
Freitag 8:00–11:00 Uhr

4. in der Gemeindeverwaltung Nünchritz, Rathaus Foyer, Glaubitzer Straße 10, in 01612 Nünchritz,
Tel.: 035265-5000
Montag, Mittwoch und Donnerstag von 9:00 Uhr bis 11:30 Uhr, sowie von 12:30 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag von 9:00 Uhr bis 11:30 Uhr sowie von 12:30 Uhr bis 18:00 Uhr
und Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

aus.

Bitte beachten Sie aufgrund der aktuellen Situation (Corona-Virus) die veränderten Regelungen im Besucherverkehr der Landesdirektion Sachsen, des Landkreises Meißen sowie der Gemeindeverwaltungen Zeithain und Nünchritz. Es wird deshalb empfohlen, für die Einsichtnahme einen Termin unter den oben genannten Telefonnummern zu vereinbaren.

Die veröffentlichten und ausgelegten Unterlagen enthalten insbesondere die Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Wasser. Die Unterlagen umfassen für die beiden wasserrechtlichen Erlaubnisse insbesondere:

- UVP-Bericht
- Hydrogeologisches Gutachten betreffend die Erhöhung der Fördermenge an Grundwasser
- Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie betreffend die Erhöhung der Fördermenge an Grundwasser
- Bemessungen und Nachweise betreffend die erhöhten Mengen zu versickernden Niederschlagswassers

Weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die dem Landkreis Meißen erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, werden der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich gemacht.

Einwendungen gegen das Vorhaben können

**zwischen dem 13. September bis
einschließlich 15. November 2021**

schriftlich bei der Landesdirektion Sachsen, beim Landkreis Meißen, in der Gemeindeverwaltung Zeithain und in der Gemeindeverwaltung Nünchritz unter den vorgenannten Adressen oder elektronisch unter post@lds.sachsen.de, post@kreis-meissen.de, post@zeithain.de und post@nuenchritz.de vorgebracht werden. Es gilt jeweils das Eingangsdatum.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind für das Verfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Das gilt nicht für ein sich anschließendes Widerspruchs- und Klageverfahren.

Die Einwendungen müssen leserlich neben dem Vor- und Familiennamen auch die volle Anschrift des Einwenders tragen. Unleserliche Namen oder Anschriften werden bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen.

Die Einwendungen sind der Antragstellerin sowie den Fachbehörden, deren Aufgabenbereich berührt wird, bekannt zu geben. Auf Verlangen der Einwendenden sollen deren Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkenntlich gemacht werden, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Vor- und Familiennamen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist wird nach pflichtgemäßem Ermessen über die Durchführung eines Erörterungstermins entschieden. Findet aufgrund dieser Entscheidung kein Erörterungstermin statt, so wird dies nochmals gesondert öffentlich bekannt gemacht.

Für den Fall, dass die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen zu erörtern sind, wird der öffentliche Erörterungstermin hiermit für den

30. November 2021

ab 10:00 Uhr (Einlass ab 9:45 Uhr) im Restaurant Drei Lilien, Am Dorfteich 13, 01612 Glaubitz bestimmt.

Einwendungen, die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, werden im Erörterungstermin nicht behandelt.

Dresden, den 4. August 2021

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

Dieser Termin dient dazu, die rechtzeitig gegen die von der Ervin Germany GmbH gestellten Anträge auf wasserrechtliche Erlaubnisse erhobenen Einwendungen zu erörtern, soweit dies für die Prüfung der Zulassungsvoraussetzungen von Bedeutung sein kann. Dazu wird denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, Gelegenheit gegeben, ihre Einwendungen gegenüber der Genehmigungsbehörde und dem Antragsteller zu erläutern. Kann die Erörterung an diesem Tag nicht abgeschlossen werden, wird der Erörterungstermin an den folgenden Werktagen (ausgenommen ist der Sonnabend) fortgesetzt.

Zu diesem Termin sind die Personen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, eingeladen. Der Erörterungstermin ist öffentlich. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass die erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben von Vertretern der Antragstellerin oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden. Zum Erörterungstermin erfolgt keine gesonderte Einladung. Der Erörterungstermin wird beendet, wenn dessen Zweck erreicht ist.

Im Falle einer Absage oder Verlegung des Erörterungstermins aufgrund einer behördlichen Entscheidung oder auch im Hinblick auf eine mögliche Online-Konsultation nach § 5 Absatz 2 des Planungssicherstellungsgesetzes vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) geändert worden ist, erfolgt eine öffentliche Bekanntmachung.

Diese Bekanntmachung ist vom 19. August 2021 bis einschließlich 15. November 2021 auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen: <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/einsehbar>.

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der 2. Änderung der Verbandssatzung
des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau**

Gz.: 20-2217/152/8

Vom 3. August 2021

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 20. Juli 2021 auf der Grundlage von § 61 Absatz 1 in Verbindung mit § 26 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) die von der Verbandsversammlung am 21. Mai 2021 beschlossene 2. Änderung der Verbandssatzung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau genehmigt.

Die 2. Änderung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Chemnitz, den 3. August 2021

Landesdirektion Sachsen
Bauschke
stellv. Referatsleiter

2. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau

Aufgrund von § 61 Absatz 1 in Verbindung mit § 26 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2020 (SächsGVBl. S. 722) und des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19.06.2020 (BGBl. I S. 1408), i.V.m. dem Sächsischen Wassergesetz (SächsWG) vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (SächsGVBl. S. 287) hat die Verbandsversammlung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau in ihrer öffentlichen Sitzung am 21.05.2021 die folgende 2. Änderung der Verbandssatzung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau vom 24.10.2014 (SächsABl. S. 1541), zuletzt geändert durch die 1. Änderung der Verbandssatzung vom 05.03.2019 (SächsABl. S. 740), wie folgt beschlossen:

Artikel 1 Änderung der Verbandssatzung

1. § 1 Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:
„(2) Der RZV hat seinen Sitz in 08066 Zwickau, Karl-Marx-Str. 12a.“

2. § 14 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:
„(1) Für die Wirtschafts- und Haushaltsführung des RZV sind die §§ 72 bis 109 SächsGemO entsprechend anzuwenden.“
3. § 19 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:
„(1) Öffentliche Bekanntmachungen, öffentliche Bekanntgaben und ortsübliche Bekanntgaben des RZV werden durch Abdruck in dem als Beilage zum Sächsischen Amtsblatt erscheinenden Amtlichen Anzeiger öffentlich bekannt gemacht.“
4. § 19 Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:
„(3) Sind Pläne oder zeichnerische Darstellungen, insbesondere Karten, Bestandteile einer Satzung, werden sie dadurch öffentlich bekannt gemacht, dass ihr wesentlicher Inhalt der Satzung umschrieben wird, sie in der Geschäftsstelle des RZV in 08066 Zwickau, Karl-Marx-Straße 12a, zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten, mindestens aber wöchentlich 20 Stunden für die Dauer von mindestens zwei Wochen niedergelegt werden (Ersatzbekanntmachung). Hierauf wird in der Form des Abs. 1 hingewiesen.“

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der öffentlichen Bekanntmachung dieser Satzung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Zwickau, den 21. Mai 2021

Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau
Steffen Ludwig
Verbandsvorsitzender

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Sächsischen Oberbergamtes über die Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „Errichtung und Betrieb einer PV-Anlage (Grubenkraftwerk) im Kiessandtagebau Sprotta I“ nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung

Vom 5. August 2021

Die Heinrich Niemeier GmbH & Co. KG, Wellestraße 21, 49356 Diepholz, hat am 27. Februar 2020 die Zulassung der Ergänzung des Sonderbetriebsplanes „Aufbereitungs- und Tagesanlagen“ für das Vorhaben Kiessandtagebau Sprotta I, Baufeld 2 vom 14. Juni 2017 beim Sächsischen Oberbergamt beantragt. Das Vorhaben Kiessandtagebau Sprotta I wird im Baufeld 2 auf Basis von Haupt- und Sonderbetriebsplänen und im Baufeld 3 auf Basis eines obligatorischen Rahmenbetriebsplanes betrieben.

Gegenstand der Ergänzung zum Sonderbetriebsplan ist die Errichtung und das Betreiben einer 750-kWp-Photovoltaik-Freilandanlage zur Eigenversorgung der für den Tagebau benötigten Anlagen und Geräte des Kieswerkes. Die geplante Photovoltaikanlage soll auf einer Fläche von circa 1,3 ha innerhalb des Betriebsgeländes im Baufeld 2 des Kiessandtagebaus Sprotta I im Bereich der Tagebauzufahrt zwischen der Eilenburger Landstraße und dem Bahnanschlussgleis des Kieswerkes errichtet werden. Der Weiterbetrieb der Tages- und Aufbereitungsanlagen wurde mit dem Planfeststellungsbeschluss vom 11. März 2019 für das Baufeld 3 für das Gesamtvorhaben genehmigt.

Das Sächsische Oberbergamt hat in einer Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles festgestellt, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, da die Vorprüfung der UVP-Pflicht gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 2 und § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zu dem Ergebnis kam, dass die Änderung keine zusätzlichen erheblich nachteiligen oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann. Der durchgeführten Vorprüfung des Einzelfalles lagen folgende Informationen zugrunde:

- Antragsexemplar vom 27. Februar 2020 zur Ergänzung zum Sonderbetriebsplan „Aufbereitungs- und Tagesanlagen“
- Ergänzende Unterlagen vom 8. Januar 2021 zum Antrag vom 27. Februar 2020

Wesentliche Gründe für das Nichtbestehen der UVP-Pflicht sind:

Entsprechend § 52 Abs. 2c des Bundesberggesetzes gilt der Absatz 2a auch für wesentliche Änderungen von bergrechtlichen Vorhaben. Im Rahmen der beantragten Änderung des Vorhabens werden keine Größen- und Leistungswerte erreicht beziehungsweise überschritten. Wird ein Vorhaben geändert, für das keine Größen- oder Leistungswerte vorgeschrieben sind, so wird eine allgemeine

Vorprüfung gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Anlage 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Zu prüfen war, ob die geplante Errichtung einer Photovoltaikanlage eine wesentliche Änderung darstellt, die erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben kann.

Durch die Errichtung und den Betrieb einer Photovoltaikanlage zur Eigenversorgung der für den Tagebau benötigten Anlagen und Geräte im Kiessandtagebau Sprotta I wird die Gesamtkonzeption des Vorhabens nicht geändert.

Da sich das geplante Vorhaben innerhalb der bereits mit der Zulassung vom 14. Juni 2017 des Sonderbetriebsplanes „Aufbereitungs- und Tagesanlagen“ genehmigten Betriebsplanfläche befindet, welche bereits signifikant durch den Betriebsstandort geprägt wurde, sind durch die geplanten Änderungen keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt (Schutzgüter Luft, Klima, Boden, Fläche, Wasser, Landschaft, Kultur- und sonstige Güter, menschliche Gesundheit sowie Flora, Fauna und die biologische Vielfalt) zu erwarten.

Das Ausmaß, die Schwere und Komplexität, die Wahrscheinlichkeit sowie die Dauer, Häufigkeit und Reversibilität der Auswirkungen können mit den vorliegenden Unterlagen als nicht erheblich bewertet werden. Die Auswirkungen haben auch keinen grenzüberschreitenden Charakter.

Keine der möglichen Auswirkungen wird als erheblich nachteilig im Sinne von § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung angesehen, die nach § 25 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zu berücksichtigen wären.

Die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht auch nicht dadurch, dass mehrere Vorhaben derselben Art gleichzeitig beziehungsweise zeitnah verwirklicht werden sollen (kumulierende Vorhaben). Derartiges ist nicht bekannt, die maßgeblichen Schwellenwerte werden nicht überschritten.

Im Weiteren besteht auch keine Verpflichtung zur Prüfung der Umweltverträglichkeit aufgrund der Lage des Vorhabens in einem ausgewiesenen Naturschutzgebiet sowie in gemäß RL 79/409/EWG oder 92/43/EWG ausgewiesenen besonderen Schutzgebieten.

Die Feststellung des Nichtbestehens der UVP-Pflicht ist nach § 5 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht selbstständig anfechtbar.

Die entscheidungsrelevanten Unterlagen sind der Öffentlichkeit gemäß den Bestimmungen des Sächsischen Umweltinformationsgesetzes vom 1. Juni 2006 (Sächs-GVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom

5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, im Sächsischen Oberbergamt, Kirchgasse 11, 09599 Freiberg, zugänglich.

Die Bekanntmachung ist auf der Internetseite des Sächsischen Oberbergamts unter <http://www.oba.sachsen.de/692.htm> einsehbar.

Freiberg, den 5. August 2021

Sächsisches Oberbergamt
Dr. Falk Ebersbach
Referatsleiter

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Lingnerallee 3
01069 Dresden
Telefon: 0351 4 85 26 0
Telefax: 0351 4 85 26 61
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

12. August 2021

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 8,03 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 